



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Markus Striedl, Daniel Halemba, Markus Walbrunn AfD**
vom 08.05.2026

Ludwigstraße und Wirtschaft, Sicherheit

Die geplante Umgestaltung der Münchner Ludwigstraße wirft erhebliche Fragen hinsichtlich der zu erwartenden Auswirkungen des Entwurfs auf den motorisierten Individualverkehr und die Erreichbarkeit des ansässigen Einzelhandels, der örtlichen Hotellerie und Gastronomie auf. Zudem stellen sich Fragen zur Sicherheitsarchitektur und zu den Auswirkungen auf traditionelle Veranstaltungen wie den Trachten- und Schützenzug des Oktoberfests.

Die Staatsregierung wird gefragt:

- 1.1 Teilt die Staatsregierung die Einschätzung, dass eine jahrelange Großbaustelle den umliegenden Einrichtungen, Geschäften und dem gesamten Areal massiven Schaden zufügen würde? 4
- 1.2 Wie bewertet die Staatsregierung die zu erwartenden Auswirkungen für den motorisierten Individualverkehr in der Münchner Innenstadt? 4
- 1.3 Ist der Staatsregierung bekannt, ob es belastbare Verkehrsprognosen für den täglichen Berufsverkehr sowie den während des Oktoberfests zu erwartenden Verkehr gibt? 4
2. Wie rechtfertigt die Staatsregierung die möglichen negativen Auswirkungen dieser Verkehrsreduktion? 4
- 3.1 Welche konkreten Auswirkungen hat die Planung nach Einschätzung der Staatsregierung auf die im Bereich zwischen Brienner Straße und Oskar-von-Miller-Ring ansässigen Gewerbetreibenden? 4
- 3.2 Wurde vonseiten der Staatsregierung analysiert, ob die Reduktion der Fahrspuren zu einer existenziellen Bedrohung für die angrenzenden Geschäfte führen könnte? 4
- 3.3 Sind der Staatsregierung Einbußen für die dortige Hotellerie und Gastronomie durch entfallende Park- und Lademöglichkeiten oder eine erschwerte Zufahrt bekannt? 4
- 4.1 Welche Auswirkungen und Nutzungseinschränkungen für das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration durch die Baustellen werden von der Staatsregierung erwartet? 4

4.2	Welche Auswirkungen und Nutzungseinschränkungen für das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat durch die Baustellen werden von der Staatsregierung erwartet?	4
4.3	Welche Auswirkungen und Nutzungseinschränkungen für das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus durch die Baustellen werden von der Staatsregierung erwartet?	4
5.1	Welche konkreten Bedenken und Einwände wurden von der Staatsregierung während der Beteiligungsverfahren im Einzelnen explizit vorgebracht?	5
5.2	Wurde nach Kenntnis der Staatsregierung durch die Planer eine alternative Route für den Trachten- und Schützenzug geprüft und für unmöglich befunden?	5
5.3	Wenn nicht, teilt die Staatsregierung die Sorge, dass der Entwurf der Pariser Büros das Gelingen dieses Traditionsumzugs konkret gefährdet?	5
6.1	Gibt es eine Studie zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieses Vorhabens, die der Staatsregierung vorliegt?	5
6.2	Wenn nein, beabsichtigt sie, eine solche Untersuchung einzufordern?	5
7.1	Wie bewertet die Staatsregierung die Befürchtung, dass die neu geschaffenen Aufenthaltsbereiche aufgrund fehlender sozialer Infrastruktur faktisch eine Raumnahme des historischen Ensembles durch suchtkranke Menschen, Obdachlose oder Personen aus dem migrantischen Milieu zur Folge haben könnten?	5
7.2	Inwieweit sieht sie dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die intendierte Aufenthaltsqualität für die allgemeine Bevölkerung in diesem als kulturelles Erbe von Weltrang geltenden Bereich gefährdet?	5
8.1	Inwieweit kann aus Sicht der Staatsregierung sichergestellt werden, dass die weitläufigen neuen Aufenthaltsflächen angesichts der Abkehr von dauerhaften baulichen Sperren wie Pollern und der verstärkten Nutzung mobiler Sperren, die aufgrund von U-Bahn-Bauwerken, Leitungen und des empfindlichen Denkmalensembles oft nicht einsetzbar sind, im Falle eines Terroranschlags mit Fahrzeugen ausreichend geschützt werden können?	5
8.2	Wie bewertet die Staatsregierung in diesem Kontext die durch den neuen, unübersichtlichen „Saalplatz“-Charakter der Straße entstehenden Herausforderungen für eine dauerhaft wirksame Polizeipräsenz und schnelle Interventionskräfte im Vergleich zur bisherigen, klar strukturierten Verkehrsfläche?	5

8.3	Welche spezifischen Maßnahmen sind nach Kenntnis der Staatsregierung in dem Sicherheitskonzept der Landeshauptstadt München für die neu gestaltete Ludwigstraße vorgesehen, um den zu erwartenden Vandalismus und die Verschmutzung wirksam und dauerhaft zu unterbinden und damit eine nachhaltige Verschlechterung der Aufenthaltsqualität und eine langfristige Schädigung dieses kulturellen Erbes zu verhindern?	6
	Hinweise des Landtagsamts	7

Antwort

des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus
vom 16.06.2026

- 1.1 Teilt die Staatsregierung die Einschätzung, dass eine jahrelange Großbaustelle den umliegenden Einrichtungen, Geschäften und dem gesamten Areal massiven Schaden zufügen würde?
- 1.2 Wie bewertet die Staatsregierung die zu erwartenden Auswirkungen für den motorisierten Individualverkehr in der Münchner Innenstadt?
- 1.3 Ist der Staatsregierung bekannt, ob es belastbare Verkehrsprognosen für den täglichen Berufsverkehr sowie den während des Oktoberfests zu erwartenden Verkehr gibt?
2. Wie rechtfertigt die Staatsregierung die möglichen negativen Auswirkungen dieser Verkehrsreduktion?
 - 3.1 Welche konkreten Auswirkungen hat die Planung nach Einschätzung der Staatsregierung auf die im Bereich zwischen Briener Straße und Oskar-von-Miller-Ring ansässigen Gewerbetreibenden?
 - 3.2 Wurde vonseiten der Staatsregierung analysiert, ob die Reduktion der Fahrspuren zu einer existenziellen Bedrohung für die angrenzenden Geschäfte führen könnte?
 - 3.3 Sind der Staatsregierung Einbußen für die dortige Hotellerie und Gastronomie durch entfallende Park- und Lademöglichkeiten oder eine erschwerte Zufahrt bekannt?
- 4.1 Welche Auswirkungen und Nutzungseinschränkungen für das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration durch die Baustellen werden von der Staatsregierung erwartet?
- 4.2 Welche Auswirkungen und Nutzungseinschränkungen für das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat durch die Baustellen werden von der Staatsregierung erwartet?
- 4.3 Welche Auswirkungen und Nutzungseinschränkungen für das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus durch die Baustellen werden von der Staatsregierung erwartet?

-
- 5.1 Welche konkreten Bedenken und Einwände wurden von der Staatsregierung während der Beteiligungsverfahren im Einzelnen explizit vorgebracht?**
- 5.2 Wurde nach Kenntnis der Staatsregierung durch die Planer eine alternative Route für den Trachten- und Schützenzug geprüft und für unmöglich befunden?**
- 5.3 Wenn nicht, teilt die Staatsregierung die Sorge, dass der Entwurf der Pariser Büros das Gelingen dieses Traditionszugs konkret gefährdet?**
- 6.1 Gibt es eine Studie zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieses Vorhabens, die der Staatsregierung vorliegt?**
- 6.2 Wenn nein, beabsichtigt sie, eine solche Untersuchung einzufordern?**
- 7.1 Wie bewertet die Staatsregierung die Befürchtung, dass die neu geschaffenen Aufenthaltsbereiche aufgrund fehlender sozialer Infrastruktur faktisch eine Raumnahme des historischen Ensembles durch suchtkranke Menschen, Obdachlose oder Personen aus dem migrantischen Milieu zur Folge haben könnten?**
- 7.2 Inwieweit sieht sie dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die intendierte Aufenthaltsqualität für die allgemeine Bevölkerung in diesem als kulturelles Erbe von Weltrang geltenden Bereich gefährdet?**
- 8.1 Inwieweit kann aus Sicht der Staatsregierung sichergestellt werden, dass die weitläufigen neuen Aufenthaltsflächen angesichts der Abkehr von dauerhaften baulichen Sperren wie Pollern und der verstärkten Nutzung mobiler Sperren, die aufgrund von U-Bahn-Bauwerken, Leitungen und des empfindlichen Denkmalensembles oft nicht einsetzbar sind, im Falle eines Terroranschlags mit Fahrzeugen ausreichend geschützt werden können?**
- 8.2 Wie bewertet die Staatsregierung in diesem Kontext die durch den neuen, unübersichtlichen „Saalplatz“-Charakter der Straße entstehenden Herausforderungen für eine dauerhaft wirksame Polizeipräsenz und schnelle Interventionskräfte im Vergleich zur bisherigen, klar strukturierten Verkehrsfläche?**

8.3 Welche spezifischen Maßnahmen sind nach Kenntnis der Staatsregierung in dem Sicherheitskonzept der Landeshauptstadt München für die neu gestaltete Ludwigstraße vorgesehen, um den zu erwartenden Vandalismus und die Verschmutzung wirksam und dauerhaft zu unterbinden und damit eine nachhaltige Verschlechterung der Aufenthaltsqualität und eine langfristige Schädigung dieses kulturellen Erbes zu verhindern?

Die Fragen 1.1 bis 8.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gesammelt beantwortet. Sie haben die geplante Neugestaltung der Ludwigstraße in München zum Gegenstand.

Bei der Ludwigstraße handelt es sich um eine Gemeindestraße. Sie liegt gem. Art. 47 Abs. 1 Bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) in der Baulast der Landeshauptstadt München. Die Landeshauptstadt entscheidet über die Planung, Um- und Neugestaltung ihrer Gemeindestraßen eigenverantwortlich im eigenen Wirkungskreis. Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr nimmt auf die kommunalen Entscheidungen zur Umgestaltung von Gemeindestraßen keinen Einfluss.

Die Planungen zur Umgestaltung der Ludwigstraße befinden sich derzeit noch in einem frühen Projektstadium. Der Realisierungswettbewerb wurde kürzlich von der Landeshauptstadt München abgeschlossen. Konkrete Aussagen zu den Auswirkungen des Vorhabens sind daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht. Belastbare Einschätzungen können erst nach Abschluss der weiteren Planungs- und Prüfschritte getroffen werden und liegen in der Verantwortung der Landeshauptstadt.

Die Landeshauptstadt ist verpflichtet, die Belange der Anlieger sowie sonstiger Betroffener im Planungsverfahren ordnungsgemäß zu berücksichtigen. Bereits im Rahmen des Realisierungswettbewerbs wurden Anlieger und sonstige Interessenvertreter in den Prozess einbezogen. Es ist davon auszugehen, dass die nächsten Planungsphasen weiterhin unter Einbeziehung der Anlieger und sonstigen Betroffenen erfolgen.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.